

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

MEMORANDUM '94

Wirtschaftsreformen statt Standortparolen:
Politik gegen Massenarbeitslosigkeit,
Sozialabbau und Umweltzerstörung

PapyRossa Verlag

schnur verlassen werden. Das bedeutet weder einen Verzicht auf den internationalen Handel noch auf den zuweilen hilfreichen Druck ausländischer Konkurrenz gegenüber inländischen Monopolen. Es bedeutet allerdings, daß die Prioritäten zurechtgerückt werden müssen: Internationaler Handel und internationaler Wettbewerb werden als Instrumente zur Verwirklichung binnenwirtschaftlicher und regionaler Ziele angesehen und eingesetzt. Ausfuhren sind dann nicht mehr das unbedingt erforderliche Ventil zur Überwindung binnenwirtschaftlicher Nachfrageschwäche, sondern die ökonomischen Vorgänge, aus deren Erlösen die notwendigen oder erwünschten Einfuhren von Waren und Dienstleistungen aus anderen Ländern sowie die unentgeltlichen Übertragungen dorthin finanziert werden. Daher ist auch nicht ein Überschuß der Leistungsbilanz, sondern ihr mittelfristiger Ausgleich die Richtschnur einer alternativen Außenwirtschaftspolitik. Wenn mittelfristiger Leistungsbilanzausgleich als politische Vorgabe akzeptiert wird, hat dies absehbar zwei vorteilhafte Konsequenzen:

Erstens erhalten dann – angesichts der politischen Vergeblichkeit des Strebens nach dauerhafter Überlegenheit – Versuche zur Entwicklung eines Musters internationaler Arbeitsteilung neue Attraktivität, weil sie die höchsten nationalen Wohlfahrtsgewinne für alle Beteiligten mit sich bringen.

Zweitens liegt es unter diesen Bedingungen auch im Interesse der entwickelten Industrieländer, die ökonomische Tragfähigkeit und Eigenständigkeit der Länder der Dritten Welt zu fördern und sie in das System der internationalen Arbeitsteilung auf gleichberechtigter Basis einzubeziehen. Dieses Interesse wird die Bereitschaft fördern, diesen Ländern stärker als bisher durch Entwicklungshilfe in Form unentgeltlicher Übertragungen und Marktöffnungen unter die Arme zu greifen.

4. Von der Krise in die Katastrophe? – Perspektiven für Ostdeutschland

4.1 Eine entindustrialisierte, transferabhängige Region – das Ergebnis der Bonner Wirtschaftspolitik

Ostdeutschland befindet sich nach wie vor in einer tiefen Transformationskrise. Neben objektiven strukturellen und sozialökonomischen Ursachen haben dazu in erheblichem Maße auch Fehler der Wirtschaftspolitik beigetragen.

In diesem Sinne sind der Bundesregierung folgende Fehlentscheidungen mit ihren schweren sozialen Folgen anzulasten:

– Sie hat die erkennbaren wirtschaftlichen und sozialen Risiken des abrupten Währungs- und Marktanschlusses Ostdeutschlands an die Bundesrepublik zu Gunsten des *politischen* Ziels, die DDR schnell und möglichst restlos zu liquidieren, verantwortungslos ignoriert. Mittels einer ideologischen Kampagne wurden alle Kritiker ihres Coups mundtot gemacht, vom nüchtern wertenden Wissenschaftler über warnende Politiker bis zum verantwortungsbewußten Bundesbankpräsidenten.

– Sie hat die ökonomischen Interessen und profitorientierten Handlungsmotive der Investoren falsch eingeschätzt, als sie darauf setzte, mittels einer großzügigen Investitionsförderung, schnellen Privatisierung und teilweise sogar Verschleuderung des Volkseigentums der ostdeutschen Bürger die ehemalige DDR-Wirtschaft in relativ raschem Tempo modernisieren zu können. Statt dessen eroberten die überlegenen westlichen Produzenten den ostdeutschen Markt um den Preis eines beispiellosen Niederganges von Industrie und Landwirtschaft mit entsprechender Arbeitslosigkeit.

– Sie versagte abermals, als die Folgen der verfehlten Anschlußpolitik offensichtlich und Kurskorrekturen notwendig wurden. Statt dessen begann sie eine Nachtrabpolitik hinter der

abstürzenden Produktion und den anschwellenden Sozillasten im Ergebnis ihrer Fehlleistungen, die zu enormer Staatsverschuldung führte. Auch als die Treuhand die Wirkungslosigkeit ihrer dogmatischen Politik sah und Kurskorrekturen notwendig wurden, hielt sie am Prinzip der Vorrangigkeit einer schnellen Privatisierung vor Sanierung fest und blockierte somit die Erhaltung wesentlicher Industriestandorte.

– Schließlich, aber das war von ihr nicht anders zu erwarten, hat sie nicht aus den offensichtlichen Fehlern der westdeutschen Entwicklung gelernt. Statt eine ökologisch verträgliche Entwicklung einzuleiten, begann sie die kapitalistische Transformation Ostdeutschlands ohne jede Konzeption für einen längst überfälligen ökologischen Umbau der deutschen Wirtschaft insgesamt und ihrer Neueinordnung in eine sich verändernde europäische und weltweite Kooperation.

Weder der zutreffende Hinweis auf den hohen Verschleißgrad der Produktionsausrüstungen der DDR-Unternehmen noch der auf die Rezession und Strukturkrisen können die Bundesregierung aus ihrer Verantwortung für die katastrophale Wirtschaftslage Ostdeutschlands entlassen, sie erwies sich vielmehr in den abgelaufenen vier Jahren als ideologisch blockiert, nicht lernfähig und zunehmend handlungsunfähig.

Das Fazit ihrer Anschlußpolitik ist ein inzwischen derart ent-industrialisiertes Ostdeutschland, daß es auf lange, gegenwärtig kaum absehbare Zeit am Tropf der westdeutschen Transfers hängen wird und mit keinen noch so radikalen alternativen Konzepten zu einer blühenden Wirtschaftsregion gestaltet werden kann, wie es der Kanzler 1990 versprach.

Überwiegend binnenwirtschaftliche Impulse bestimmen das Wachstumstempo in Ostdeutschland

Im Jahr 1993 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 6,3 vH gegenüber dem Vorjahr. Hier sei daran erinnert, daß die

Bundesregierung 1990 als ihr politisches Ziel verkündete, mit dem radikalen Wirtschafts- und Währungsanschluß Ostdeutschlands einen raschen Annäherungsprozeß, innerhalb von fünf Jahren, an das westdeutsche Produktions- und Einkommensniveau erreichen zu können. Inzwischen liegen eine Reihe wissenschaftlicher Schätzungen vor, die realistische Tempi und Fristen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der neuen Bundesländer ermittelten. Das IWH z. B. kommt in einem nach Arbeitszeit und Beschäftigung differenzierten, in mehreren Varianten berechneten Modell zu dem Ergebnis, daß Ostdeutschland im Jahre 2005 zwischen 68 und 72 vH des westdeutschen BIP je geleistete Arbeitsstunde erreicht haben könnte. Die jährliche Zuwachsrate des BIP müßte dann allerdings Werte zwischen 7,4 und 8,3 vH erreichen, sich also gegenüber dem Tempo von 1993 erheblich beschleunigen.

Während Westdeutschland von einer Rezession erfaßt war, gab es 1993 in Ostdeutschland erstmalig keinen Hauptbereich, in dem die Bruttowertschöpfung zurückging. Gleichzeitig nähern sich die einzelnen Zuwachsraten einander an. Zusätzliche außerregionale Wachstumsimpulse, etwa eine Expansion der Außenmärkte, blieben 1993 aus.

Die Entwicklung des Produzierenden Gewerbes wurde vor allem durch eine mit überwiegend öffentlichen Mitteln gestützte Baukonjunktur getragen.

*Tabelle 8: Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in Ostdeutschland (in Preisen von 1991)
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH*

	2. Hj. 91	1. Hj.92	2. Hj. 92	1. Hj.93	2. Hj. 93
Bruttoinlandsprodukt	-8,8	+9,3	+10,1	+6,2	+6,4
Prod. Gewerbe	-12,3	+12,8	+15,7	+7,7	+12,3
Handel und Verkehr	-16,4	-2,8	-3,3	+2,4	+7,2
Dienstleistungen	+29,0	+19,9	+13,8	+3,5	+1,9
Staat	-8,8	-2,8	+1,9	+1,7	+0,9

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, eigene Berechnungen

Der Schrumpfungprozeß bei den Verkehrsleistungen in den Jahren 1991/92 setzte sich 1993 nicht weiter fort. Im Handel ist mit dem kräftigen Aufbau westdeutscher Filialen in den neuen Bundesländern der Einkaufstourismus in das frühere Bundesgebiet abgeebbt. Dadurch bedingt gab es erstmalig einen geringen Leistungszuwachs der in Ostdeutschland in diesen beiden Bereichen ansässigen Unternehmen gegenüber 1992.

Der nach dem Anschluß Ostdeutschlands einsetzende Boom der Nachfrage nach Dienstleistungen (Versicherungen, Banken) ist mit Beginn des Jahres 1993 ausgelaufen und bringt keine weiteren Wachstumsimpulse, da die für eine Fortsetzung erforderlichen Anstöße aus den warenproduzierenden Bereichen gegenwärtig zu gering sind.

Die Investitionsentwicklung 1993 in der Bundesrepublik bestätigt die bereits 1992 von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik getroffene Einschätzung, daß es einen eigenständigen »Aufschwung Ost« nicht geben kann. Die Investitionsentscheidungen für die neuen Bundesländer werden überwiegend von den in Westdeutschland ansässigen Unternehmenszentralen gefällt.

Die ostdeutschen Ausrüstungsinvestitionen, die für die Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze unabdingbar sind, blieben bisher weit hinter den Erfordernissen einer innovativen Umstrukturierung zurück und widerspiegeln sowohl die Einflüsse der Transformations- als auch die der zyklischen Krise.

Tabelle 9: Anlageinvestitionen in den neuen Bundesländern 1990-1993 (in Preisen von 1991) – in Mrd. DM

	2. Hj. 90	1. Hj. 91	2. Hj. 91	1. Hj. 92	2. Hj. 92	1. Hj. 93	2. Hj. 93
Investitionen insg.	36,6	39,8	47,4	51,5	56,6	57,6	66,7
dav. Ausrüstungen	13,5	18,8	23,1	21,9	24,4	22,5	27,3
Bauten	23,1	21,0	24,4	29,5	32,2	35,1	39,4

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Das Volumen der Ausrüstungsinvestitionen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost wuchs 1992 gegenüber dem Vorjahr um 10,5 vH, 1993 um 7,6 vH und soll 1994 nur noch um 5,0 vH zunehmen (Schätzung des DIW). Das ostdeutsche Niveau der Investitionen je Einwohner erreichte 1993 zwar 97 vH des westdeutschen, dabei ist aber zu berücksichtigen, daß in diesem Krisenjahr die westdeutschen Ausrüstungsinvestitionen um rund 15 vH gegenüber dem Vorjahr gesunken waren. Der Aufholprozeß gegenüber den Vorjahren 1991 und 1992 wird folglich in erheblichem Maße vom Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen im früheren Bundesgebiet überdeckt. Zudem erforderte eine zügige Anpassung des ostdeutschen technischen Ausstattungsgrades an den westdeutschen Unternehmen eine über viele Jahre hinweg weitaus höhere Investitionssumme je Erwerbstätigen, als sie bisher erreicht wurde.

Nach dem Investitionsboom 1990/91 in Westdeutschland und dem ab 1992 erfolgten Rückgang haben sich 1993 erstmalig die gesamten Anlageinvestitionen je Einwohner in West- und Ostdeutschland angenähert. Vergleicht man dagegen den gesamten Zeitraum seit Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion, bleibt ein beträchtliches Defizit zu Ungunsten der neuen Bundesländer bestehen.

Die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen hatte keine oder nur eine geringe Ausstrahlung auf die Hauptbereiche der ostdeutschen Investitionsgüterindustrie. Das bestätigen die Trends der inländischen Auftragseingänge wie der Nettoproduktion des Maschinenbaus und der Elektrotechnik. Beide Zweige bleiben weit hinter der Entwicklung der Industrie zurück.

Nach Befragungen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) korrigiert eine wachsende Anzahl von Maschinenbau-Unternehmen ihre beabsichtigte Investitionssumme nach unten. Dazu tragen erheblich die deutsche Rezession und die auf den internationalen Märkten insgesamt schwache Nachfrage nach Erzeugnissen des Maschinenbaus bei.

*Tabelle 10: Investitionen je Einwohner
in den neuen Bundesländern (Früheres Bundesgebiet = 100)*

	2. Halbjahr	1993	Summe 2.Hj.90
	1990		- 1993
Investitionen insg.	50,2	101,9	77,2
Ausrüstungen	40,9	96,8	72,6
Bauten	58,5	104,6	80,8

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden; eigene Berechnungen

Damit stagniert weiterhin bzw. schrumpft sogar die Produktion jener Branchen, deren Entwicklung das ostdeutsche Produktivitäts- und Einkommensniveau als das einer international wettbewerbsfähigen Industrieregion wesentlich prägen müßte.

Der insgesamt zu geringe Leistungsanstieg in den einzelnen Bereichen führte nicht zum Zuwachs von Arbeitsplätzen.

Tabelle 11: Erwerbstätige in Ostdeutschland (1.000 Personen)

	1989	1990	1991	1992	1993
Erwerbstätige insg.	9.747	8.820	7.219	6.344	6.125
Arbeitslose	-	241	929	1.173	1.150

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Bundesanstalt für Arbeit

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Erwerbstätigen überhöht ist. Nach übereinstimmender Erfahrung von Experten überzeichnet sie die Realität gegenwärtig um etwa 10 bis 20 vH.

Vier Jahre nach dem wirtschaftlichen Anschluß Ostdeutschlands an die Bundesrepublik verharrt die Arbeitslosigkeit dort auf hohem Niveau, insgesamt setzt sich der Abbau von Arbeitsplätzen weiter fort.

Zwar weist der Bereich Dienstleistungen einen beachtlichen Zuwachs an Beschäftigung aus. Neue Arbeitsplätze in nennenswerter Größenordnung sind jedoch außerhalb des Bankwesens und des Versicherungssektors (+50.000 in drei Jahren) kaum entstanden. In großem Umfange kam es zur Umverteilung von Arbeitsplätzen aus ehemals staatlichen beziehungsweise betrieb-

lichen Institutionen in jetzt selbständige Dienstleistungsunternehmen (z.B. private Arztpraxen statt öffentliche Polikliniken).

Bemerkenswert bleibt, daß es auch im Verlauf des Jahres 1993 in keinem Industriezweig des Verarbeitenden Gewerbes gelungen ist, die am Jahresanfang vorhandene Zahl von Arbeitsplätzen zu halten. Der Beschäftigungsabbau setzte sich einheitlich in allen Zweigen fort.

Entwicklung der ostdeutschen Industrie

Die Industrieproduktion Ostdeutschlands bewegt sich nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau.

Die arbeitstägliche Produktion erreichte 1993 knapp 70 vH des Niveaus vom 2. Halbjahr 1990. Dies ist gegenüber dem Vorjahr zwar eine Steigerung um 7 bis 8 vH.

Eine solche Zuwachsrate sollte jedoch immer auf das Ausgangsniveau bezogen werden: Bereits Mitte 1990, also zum Zeitpunkt des Basiswerts für die Entwicklung im einheitlichen deutschen Wirtschaftsraum, war die ostdeutsche Industrieproduktion auf die Hälfte des Niveaus von 1989 abgestürzt.

In solchen Zweigen wie Herstellung von Büromaschinen und ADV-Geräten, Feinkeramik, Textilgewerbe und Lederindustrie hält der Produktionsrückgang weiter an.

Das Wachstum der ostdeutschen Industrie wurde vor allem von solchen Branchen bestimmt, die regionale Kreisläufe bedienen, wie Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Kunststoffindustrie, Steine und Erden, Druckerei und Vervielfältigung.

Neben der Mineralölverarbeitung und dem Schienenfahrzeugbau begann in der zweiten Jahreshälfte 1993, nach der Fertigstellung von Investitionsvorhaben, auch der Straßenfahrzeugbau positive Wachstumsraten aufzuweisen.

Extreme Schwächen innerhalb der Industrie haben jene Branchen, die sich dem Wettbewerb auf den überregionalen Märkten stellen müssen. Dies sind insbesondere die technologie-

Tabelle 12: Produktionsentwicklung in der Industrie Ostdeutschlands

	Arbeitstägliche Nettoproduktion		
	Januar-September 93 2. Halbjahr 1990 = 100	Januar - September 93 Veränderung in vH gegenüber gleichem Zeitraum des Vorjahres	Anteil an der gesamt deutschen Produktion der Branche, in vH
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	64	+4	4,4
Bergbau	38	-25	16,3
Verarbeitendes Gewerbe	67	+8	4,1
darunter:			
Grundstoffgüter	84	+7	3,7
Investitionsgüter	52	+8	3,6
Verbrauchsgüter	81	+13	4,0
Nahrungs- u. Genußmittel	97	+5	7,4
<i>Ausgewählte Industriezweige:</i>			
Ziehereien, Kaltwalzwerke Herstellung v. Kunststoffwaren	180	+56	6,9
Stahlbau, Schienenfahrz.bau	175	+67	2,0
Druckerei und Vervielfältigung	150	+12	17,3
Mineralölverarbeitung	148	+6	10,2
Steine und Erden	133	+2	4,6
Eisen-, Blech-, Metallwaren	131	+43	10,4
Straßenfahrzeugbau	129	+7	3,6
Chemische Industrie	79	+67	2,1
Feinkeramik	57	-17	1,9
Elektrotechnik	53	-4	4,2
Schiffbau	47	+5	3,2
Maschinenbau	39	+15	4,1
Textilgewerbe	30	-8	3,5
Bekleidungs-gewerbe	30	-8	3,4
Bekleidungs-gewerbe	27	+4	1,0
Feinmechanik/Optik Herst. v. Büromasch., ADV-Ger.	19	-10	1,3
Ledererzeugung	18	-13	0,9
	13	-47	0,4

Berechnet nach: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des DIW

intensiven Investitionsgüterzweige. 1993 befand sich das ostdeutsche Investitionsgüter produzierende Gewerbe erst auf der Hälfte des Niveaus von Mitte 1990. Die Entwicklung in solchen Zweigen wie Maschinenbau, Elektrotechnik oder Herstellung von Büromaschinen und ADV-Geräten, die de facto zusammengebrochen sind, demonstrieren den Deindustrialisierungsprozeß besonders augenscheinlich.

Die Investitionsgüterproduktion hat somit auch die größten strukturellen Verluste am Umsatz der ostdeutschen Industrie zu verzeichnen und liegt noch weit hinter westdeutschem Niveau zurück.

Der Beschäftigtenabbau in der Industrie hat sich auch 1993 weiter fortgesetzt und ist immer noch nicht gestoppt. Selbst bei

Tabelle 13: Struktur des Verarbeitenden Gewerbes, Anteile in vH vom Umsatz

Bereich	2. Hj. 1990	1. Hj. 1993	1. Hj. 1993
	Neue Bundesländer		Alte Bundesländer
Bergbau	8,8	6,8	1,6
Grundstoffgüter	21,7	22,8	26,0
Investitionsgüter	43,2	37,6	45,5
Verbrauchsgüter	10,8	11,6	14,6
Nahrung/Genuß	15,4	21,3	12,3

Berechnet nach: Statistisches Bundesamt

weiterem Produktionsanstieg ist mit keinem wesentlichen Beschäftigungszuwachs in diesem Bereich zu rechnen. Ende 1993 waren in der ostdeutschen Industrie nur noch etwa 700.000 Beschäftigte tätig.

Die Industriedichte ist inzwischen auf weniger als die Hälfte der alten Bundesländer zurückgegangen. Die Industriequote (Beschäftigte je 1.000 Einwohner) betrug 1993 in Westdeutschland 106. In den neuen Bundesländern ist sie zwischen 1991 und 1993 von 132 auf 47 gesunken. Das entspricht dem Industrialisierungsgrad von Ostfriesland oder des Regierungsbezirkes Lüneburg. Selbst Länder wie Irland, Griechenland und

Spanien erreichen eine um etwa 50 vH höhere Industriedichte als Ostdeutschland.

Mit einem Bevölkerungsanteil von rd. 20 vH werden in Ostdeutschland gegenwärtig gerade noch 4 vH der gesamtdeutschen Industrieproduktion erzeugt. Noch ungünstiger ist das Verhältnis bei den wertschöpfungs- und FuE-intensiven Zweigen: Der ostdeutsche Maschinenbau erreichte im ersten Halbjahr 1993 gemessen an der gesamtdeutschen Produktion der Branche einen Anteil von 3,5 vH, die Elektrotechnik von 3,2 vH, der Straßenfahrzeugbau von 2,1 vH und die Computerbranche von 0,9 vH – damit ist sie im Prinzip wirtschaftlich bedeutungslos geworden.

Vier Jahre nach dem wirtschaftlichen Anschluß Ostdeutschlands an die Bundesrepublik

- sind die traditionell hochentwickelten ostdeutschen Industrieregionen fast durchweg zu Industriebrachen geworden; ein bedeutendes Qualifikationspotential ist freigesetzt worden und entwertet sich.

- Keinerlei arbeitsteilige Integration dieser deutschen Wirtschaftsregion in eine insgesamt international wettbewerbsfähige deutsche Industrie ist auf den Weg gebracht. Es droht vielmehr die Gefahr einer dauerhaften Ausprägung neuer Notstandsgebiete, da nicht einmal genügend »verlängerte Werkbänke« westlicher Unternehmen sich hier ansiedeln.

- Auf sehr lange Zeit, wahrscheinlich für zwei Jahrzehnte ist eine sich selbst reproduzierende industrielle Entwicklung unmöglich, sowohl infolge der strukturellen Schwächen (fast vollständiges Fehlen von FuE-intensiven Wachstumsbranchen) als auch wegen des absolut zu geringen industriellen Produktionsniveaus (Akkumulationspotential).

- Vereinzelt wachsen einige Keime künftiger, innovativer industrieller Kapazitäten, die eine sehr begrenzte regionale wirtschaftliche Ausstrahlung erlangen, aber keineswegs eine spürbare Verminderung des gesamten ostdeutschen Transferbedarfs bewirken werden.

Angesichts einer derartigen Deindustrialisierung Ostdeutschlands muß der Bestandspflege des noch erhaltenen industriellen Potentials außerordentliche Bedeutung beigemessen werden.

Die Situation der ostdeutschen industriellen Unternehmen

Die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der meisten ostdeutschen Unternehmen liegt noch immer weit unter dem allgemeinen westdeutschen Niveau. Nur etwa 10 vH der ostdeutschen Industriebetriebe erzielen dieselbe Produktivität wie vergleichbare westdeutsche Firmen. Mitte 1993 erreichten die ostdeutschen Unternehmen im produzierenden Gewerbe durchschnittlich nur 53 vH des westdeutschen Umsatzes je Beschäftigten, beim Außenhandelsumsatz gar nur 29 vH.

Die ostdeutschen Unternehmen verfügen in ihrer Mehrheit nicht über genügend eigene Finanzierungsmittel und sind deshalb im Vergleich zu westdeutschen Verhältnissen in weit höherem Maße kreditabhängig. Die Eigenfinanzierungsmittel, gemessen an der Gesamtvermögensbildung, betragen 1992 rund 12 vH, in Westdeutschland dagegen 58 vH. Die Kreditverschuldung der ostdeutschen Unternehmen, wiederum bezogen auf die Gesamtvermögensbildung, betrug 97 vH, die der westdeutschen Unternehmen dagegen 39 vH. Die ostdeutschen Unternehmen sind deshalb gezwungen, vorrangig ihre Kredite zu bedienen und Investitionen für Produkt- und Prozessinnovationen zurückzustellen.

Die Größen- und Branchenstruktur des ostdeutschen Bestandes ist nicht innovationsfördernd. Es fehlen leistungsfähige Großunternehmen, die als industrielle Kerne maßgeblichen Einfluß auf das im Umfeld befindliche Innovations- und Technologiepotential kleiner und mittlerer Unternehmen haben.

Die Entwicklung einer marktfähigen innovativen Industrie in Ostdeutschland ist nur möglich, wenn der Niedergang der

Industrieforschung gestoppt und mit dem Aufbau sowie der strukturellen Neugliederung des industrienahen Forschungs- und Entwicklungspotentials begonnen wird. Anfang 1990 gab es noch rund 75.000 Forscher in der industrienahen FuE. Im April 1993 war der Bestand bereits auf 13.000 Forscher gesunken und vermindert sich seither noch immer. Die Aufwendungen für FuE betragen 1992 im Bereich der Wirtschaft in den alten Bundesländern 56,23 Mrd. DM, in den neuen dagegen nur 2,0 Mrd. DM. Daraus ergibt sich ein FuE-Aufwand von 870,24 DM pro Kopf der Bevölkerung in Westdeutschland, in Ostdeutschland aber nur von 126,94 DM.

Die ungleichen Wettbewerbsbedingungen, vor denen ostdeutsche Unternehmen stehen, werden zusätzlich durch ihre ungünstige Eigentumsstruktur erschwert.

Große und mittlere westdeutsche oder westeuropäische Unternehmen, die Betriebe in Ostdeutschland kauften, bevorzugten während der Aufbauphase und auch danach ihre hauseigenen Dienstleistungen (Bau, Ausrüstungen, Steuer- und Unternehmensberatung) aus dem Westen. Das ostdeutsche Unternehmensumfeld wurde nur in geringem Maße beansprucht. Unternehmen mit West/Ostbeteiligungen wurden teilweise zur Sicherung eigener Marktanteile von westlichen Partnern benutzt.

Andererseits haben westliche Unternehmen auch versucht, im Rahmen von Beteiligungen neue Produktlinien in Ostdeutschland aufzubauen und mit anderen Unternehmen am Standort zu kooperieren. Betriebe mit reinem ostdeutschem Management und Kapital, insbesondere die MBO, haben noch beträchtliche betriebswirtschaftliche Schwächen. Hier mangelt es vor allem an Erfahrungen im Marketing und in der Nutzung von Finanzdienstleistungen.

Der Aufbau eines leistungsfähigen produktionsorientierten Dienstleistungsnetzwerkes vollzieht sich nur sehr langsam. Die für die Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern notwendigen Dienstleistungsunternehmen haben sich seit 1990 zwar rasch

entwickelt, doch fehlen dem ostdeutschen Dienstleistungsgewerbe die notwendigen Fundamente einer wachsenden Industrie. Der Deindustrialisierungsprozeß in den neuen Bundesländern war derart radikal, daß er den produktionsorientierten Dienstleistungsunternehmen die eigentliche Wachstumsbasis entzog.

Insgesamt sind die derzeitigen ostdeutschen Unternehmen durch folgende Merkmale gekennzeichnet, die ihre Konkurrenzfähigkeit erheblich beeinträchtigen:

- eine nach wie vor ungünstige Branchenstruktur: technologieintensive Bereiche sind völlig unzureichend entwickelt;
- fehlendes FuE-Potential;
- eine ungünstige Größenstruktur: Es dominieren Klein- und Kleinstbetriebe; es mangelt an wettbewerbsfähigen Großunternehmen mit überregionaler Ausstrahlung;
- eine ungünstige Eigentumsstruktur und daher unzureichende Eigenkapitalausstattung;
- nach wie vor noch vorhandene entscheidende Mängel im Management.

Strukturkrise in der Landwirtschaft und ihre Folgen für den ländlichen Raum

Der Niedergang und die tiefgreifenden Krisenerscheinungen in der Wirtschaft Ostdeutschlands sind besonders stark in der Landwirtschaft ausgeprägt. Sie ist gekennzeichnet durch die besonders im ersten Jahr nach der Wirtschafts- und Währungsunion ausgeprägte Absatzkrise, durch die damit einhergehenden Liquiditätsprobleme und die für die ländliche Bevölkerung schwerwiegenden sozialen Folgen.

Durch ein Sonderprogramm zur Flächenstilllegung, das einmalig in der Geschichte der Agrarpolitik ist, wurden 1990/91 600.000 Hektar Ackerland (12,8 vH der Ackerfläche) stillgelegt (im Vergleich dazu: 80.000 ha Flächenstilllegung in Westdeutschland im genannten Zeitraum). Dazu müssen noch

etwa 500.000 Hektar Grünland gerechnet werden, die durch die Reduzierung der Tierbestände nicht mehr genutzt werden können.

1992/93 betrug der Anteil der ostdeutschen Flächenstilllegung an der stillgelegten Fläche in ganz Deutschland 73 vH. Damit wurden Produktionskapazitäten für 1,8 Mio. Tonnen Getreideeinheiten stillgelegt.

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich in der Tierproduktion. Der Rinderbestand ist 1993 gegenüber 1989 auf 51,5 vH, der Schweinebestand auf 66,3 vH und der Schafbestand auf 68,7 vH zurückgegangen. 1993 hat sich der Tierbestand auf diesem niedrigen Niveau stabilisiert. In der Milchproduktion bedeutet das eine Produktionsreduzierung um etwa 4,7 Mio. Tonnen.

Diese derart kurzfristig erzwungene Kapazitäts- und Produktionsreduzierung in der Landwirtschaft führte zu einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum. In einem Zeitraum von drei Jahren verloren von ehemals 850.000 Beschäftigten in der Landwirtschaft 650.000 Bäuerinnen, Bauern und Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz. Mitte 1993 waren noch etwa 170.000 Erwerbstätige in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt.

1994 ist mit einem weiteren Abbau von etwa 15.000 bis 20.000 Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft zu rechnen. Unter Einbeziehung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ergibt sich für den ländlichen Raum in Ostdeutschland gegenwärtig eine Arbeitslosenquote (offene und verdeckte Arbeitslosigkeit) von 40 bis 45 vH.

Die Strukturveränderung in der Landwirtschaft ist durch Privatisierung bzw. Umwandlung von staatlichem oder genossenschaftlichem Eigentum sowie zahlreiche Neugründungen von landwirtschaftlichen Betrieben (Wiedereinrichter) gekennzeichnet. Bezeichnend für die Unternehmensstruktur in der ostdeutschen Landwirtschaft, im Gegensatz zu den alten Bundesländern, ist die Dominanz großbetrieblicher Unternehmens-

formen. Betriebe mit einer durchschnittlichen landwirtschaftlichen Betriebsgröße von 1.235 ha bewirtschaften 71,6 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche Ostdeutschlands. Auch die in Ostdeutschland gegründeten Familienbetriebe sind mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von durchschnittlich 143 ha größer als der westdeutsche Familienbetrieb (durchschnittliche Betriebsgröße ca. 30 ha).

Die Entwicklung der Unternehmensstruktur zeigt, daß sich das ursprüngliche agrarpolitische Ziel der Bundesregierung, die ostdeutsche großbetriebliche Landwirtschaft in kleine bäuerliche Familienunternehmen nach westdeutschem Vorbild umzuwandeln, nicht umsetzen ließ.

Dennoch bleiben die ostdeutschen Agrarbetriebe in ihrer Existenz gefährdet. Die nunmehr durch das Bundesverfassungsgericht bestätigte Altschuldenregelung belastet die finanzielle Situation der Genossenschaften, GmbH und AG in außerordentlichem Maße. Notwendig sind eine Änderung im Modus für die Rückzahlung der Altschulden sowie auch zinslose bzw. zinsgünstige Kredite mit langfristigen Laufzeiten, um die Auszahlungsansprüche der ausgeschiedenen Genossenschaftsmitglieder bedienen zu können. Hinzu kommt, daß die beiden Bodenverwertungsgesellschaften der THA für alle Formen der Agrarbetriebe, die ehemalige THA-Flächen nutzen, günstige und langfristige Pachtverträge gewähren muß.

Die radikale Umstrukturierung der Landwirtschaft führte bereits zur Gefährdung der sozialen Strukturen im ländlichen Raum. Der anhaltende Arbeitsplatzabbau, die zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit, die wachsende Zahl von Sozialhilfeempfängern sind verbunden mit Perspektivlosigkeit für die Menschen im ländlichen Raum, so daß vor allem junge Fachkräfte verstärkt abwandern.

Die Gefahr der Erosion des ländlichen Arbeitsmarktes ist noch nicht beseitigt. In den ländlichen Gemeinden sind neue Arbeitsplätze nur im Dienstleistungsbereich (Handel, Banken, Versicherungen, Kfz-Dienstleistungen, Tourismus) und im Bau-

gewerbe entstanden. Dieser Beschäftigtenzuwachs konnte aber bei weitem nicht den Abbau von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und in den Unternehmen des produzierenden Gewerbes kompensieren.

Gegenwärtig zeichnen sich drei Entwicklungsrichtungen ab, die zu einer weiteren *Differenzierung der Gemeinden im ländlichen Raum führen*. Folgende drei Typen von Gemeinden entstehen:

– Eine relativ günstige Entwicklung zeichnet sich in jenen Gemeinden ab, die sich im Zuge der Gebietsreformen zu Verwaltungs- und Dienstleistungszentren entwickeln. Hier finden, nach den bisherigen empirischen Ergebnissen, bis zu 50 vH der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich Beschäftigung. Diese größeren Gemeinden, zumeist mit mehr als 2.000 Einwohnern, übernehmen Versorgungsfunktionen für das Umland. Zu den begünstigenden Faktoren gehört auch eine gut ausgebaute Infrastruktur. Dieser *erste Typ* repräsentiert jedoch die Minderheit der Gemeinden.

– In einem *zweiten Typ* von Gemeinden wurde bzw. wird zwar die landwirtschaftliche Produktion relativ erfolgreich umstrukturiert. Das aber geht mit einem drastischen Abbau von Beschäftigung einher. Nur etwa 10 vH der Erwerbsfähigen verbleiben hier in der Landwirtschaft. Der weitaus größere Teil muß pendeln. Etwa die Hälfte der Erwerbsfähigen ist jedoch, unter Einbeziehung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, arbeitslos. Deutlich zeigt sich in diesen Gemeinden auch eine Tendenz der Überalterung. Der Tiefpunkt der Krise dieser Gemeinden, die meist nicht mehr als 400 Einwohner haben, ist noch nicht erreicht.

– In einem *dritten Typ* von Gemeinden zeigen sich neben Ansätzen der Entwicklung einer landwirtschaftlichen Produktion auch die eines Spektrums von Gewerbe, wobei jedoch die Ausgangsbedingungen, auch von der Seite der Infrastruktur her, ungünstig sind. Der Abbau von Arbeitsplätzen hält in diesen Gemeinden, die mit 500 bis 1000 Einwohnern zu den größeren zählen, noch an. Die Mehrzahl der Erwerbsfähigen

ist auch hier auf das Umland angewiesen. Bei weiterhin ungünstiger wirtschaftlicher Entwicklung ist ihr Erhalt gefährdet.

Außenhandel

Das Volumen der Ausfuhr in der zweiten Jahreshälfte 1990 – unmittelbar nach der Wirtschafts- und Währungsunion – wurde in keinem der darauffolgenden Halbjahre wieder erreicht.

Leidtragende an dieser Entwicklung war die Industrie in Ostdeutschland. Ihre Exporte sind zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft. Am gesamtdeutschen Export in die mittel- und osteuropäischen Länder sind sie 1992 nur noch mit 19 vH beteiligt, 1989 waren es noch 54 vH. Es vollzog sich folglich eine Umverteilung der Marktanteile zu Lasten der ostdeutschen Industrie.

Außenhandelsangaben für das Jahr 1993 liegen nicht vor. Ein Indiz für den weiter schrumpfenden ostdeutschen Export ist der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes. Während 1991 noch 14,6 vH des Umsatzes aufs Ausland entfielen, waren es 1993 etwa 12 vH.

Die von der deutschen Wirtschaft vernachlässigten und deshalb verloren gegangenen Märkte in Osteuropa konnten nicht ersetzt werden. Gemeinhin wird das unzulässigerweise und undifferenziert als Zusammenbruch des osteuropäischen Marktes beschrieben. Die unmittelbaren Nachbarn Deutschlands im Osten – Polen, die ehemalige Tschechoslowakei und Ungarn, Länder mit relativ stabilen innenpolitischen Verhältnissen – haben insgesamt ihre Importe von 1989 bis 1992 erhöht, nur der Anteil der deutschen Exporte in diese Länder ist drastisch gesunken. Die Ostmärkte sind hier nicht einfach »weggebrochen«, sie wurden in dieser Zeit von deutscher Seite aufgegeben. Die Augen der westdeutschen Exporteure konzentrierten sich ganz auf die Eroberung des ostdeutschen Marktes, wobei

Tabelle 14: Anteil Deutschlands am Import von Übergangsländern 1989-1992 (1989 und 1990 Bundesrepublik und DDR insgesamt)

	1989	1990	1991	1992
Polen insg.	50,2	44,0	28,7	23,9
Ungarn	47,9	50,0	24,8	23,6
CSFR/Tschechien	43,4	42,2	24,9	26,3

Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

sie auch beträchtliche Anteile der Ost-Exporte aus diesem Raum ihren westlichen Kapazitäten zuschlügen.

Die Vernachlässigung der Ostmärkte in den zurückliegenden Jahren ist eine Hypothek, an der die deutsche Wirtschaft in Zukunft noch schwer zu tragen haben wird. Die von der THA betriebene überhastete Privatisierungspolitik um jeden Preis, die eine Marktsicherung und Marktpflege der ostdeutschen Unternehmen in den Hintergrund rückte, schadet letztendlich der gesamten deutschen Wirtschaft. Die der Konkurrenz überlassenen Marktanteile in diesen Ländern sind nicht so schnell zurückzugewinnen, wie sie verloren wurden.

In diesem Zeitraum des Umbruchs wurde die Gelegenheit vertan, eine neue und sinnvolle europäische Arbeitsteilung zwischen Ost- und Westeuropa aufzubauen. Die neokapitalistischen Länder Osteuropas nur als Niedriglohnkonkurrenten für den Standort Deutschland zu betrachten und nicht als Abnehmer von hochwertigen Erzeugnissen, die sie vorläufig und in absehbarer Zeit nicht produzieren können, verkennt die Notwendigkeit und die Vorteile der Integration Osteuropas in ein System internationaler Arbeitsteilung für alle beteiligten Länder.

Die Endbilanz der Treuhandanstalt – eine Katastrophe

Als ein wichtiges Instrument zur Transformation der ostdeutschen Eigentums-, Unternehmens- und Wirtschaftsstruktur

fungierte die zentralstaatliche Treuhandanstalt (THA). Ihre Politik sollte sich, so formulierte es ihr Präsident D. Rohwedder, jeweils von Fall zu Fall auf eine »rasche Privatisierung, entschlossene Umstrukturierung und behutsame Schließung« der übernommenen Unternehmen richten, wobei die Privatisierung als die beste Form der Sanierung angesehen wurde. Unter seiner Nachfolgerin B. Breuel gewann jedoch der rigorose Verkauf der THA-Unternehmen an westliche Investoren in konsequent käuferwunschgerechter Filetierung (oft nur die Absatzabteilung von ehemaligen Kombinat mit der Kundenkartei) absolute Priorität. Dies wurde bis heute fast ausnahmslos durchgehalten, obgleich die katastrophalen und in einer Flut von Fällen zugleich skandalösen Folgen einer solchen Strategie sehr schnell deutlich wurden. Erst unter politischem Druck wurde MBO-Verkäufen und verschiedenen Formen längerfristiger Sanierung von überlebensfähigen Unternehmen ein größerer Platz in der THA-Strategie eingeräumt; viel zu spät, um an den katastrophalen Folgen der Gesamtpolitik noch etwas zu ändern.

Die THA sezierte die übernommenen mehr als 8.000 Kombinate und Betriebe mit zusammen 4,1 Millionen Beschäftigten in, nach letztem Ausweis, 13.384 Unternehmen, die zu verkaufen oder abzuwickeln waren bzw. noch sind. Das ist die aktuelle Bilanz per 31. Dezember 1993:

privatisiert	6.180
reprivatisiert	1.573
kommunalisiert	261
Liquidationsunternehmen	3.196
Nettobestand	951

Die THA betrachtet diese Entwicklung als großen Erfolg. Dabei wird völlig unter den Tisch gekehrt, daß infolge der von ihr betriebenen Blockade der Sanierung überlebensfähiger Unternehmen, durch Verweigerung von Investitionen und wirklich treuhänderischer Obhut Ostdeutschland auf das Niveau eines Entwicklungslandes deindustrialisiert wurde. Von den übernommenen 4 Mio. Arbeitsplätzen sind schließlich nur 1,5 Mio.

zugesagte und 921.000 »einklagbare« Arbeitsplätze verblieben, wobei gegenwärtig nicht einmal sicher ist, ob diese Anzahl wirklich erhalten bleibt. Eine IAB-Söstra-Untersuchung schätzte die Beschäftigung in THA- und Ex-THA-Unternehmen für Anfang 1994 auf nicht mehr als 1,174 Millionen Personen.

Folge dieser Strategie ist hohe Arbeitslosigkeit – verbunden mit einem konsumtiven und investiven jährlichen Transferbedarf von gegenwärtig rund 80 vH des in Ostdeutschland produzierten BIP. Zu diesem Debakel hinterläßt die Anstalt nach Abschluß des aktiven Geschäfts, Ende dieses Jahres, eine Schuldensumme von 250 bis 300 Mrd. DM.

Das MEMORANDUM hat seit 1990 immer wieder auf die verhängnisvolle Politik der THA hingewiesen und alternative Vorschläge unterbreitet. Im Hinblick auf die im Herbst 1994 anstehenden Bundestagswahlen, also als kritische Bilanz für einen entscheidenden Bereich der bisherigen Wirtschaftspolitik gegenüber Ostdeutschland, fassen wir hier die drei Hauptfehler der von der Bundesregierung zu vertretenden THA-Konstruktion und Strategie zusammen:

– Verkauf von Unternehmen ohne eine gesamtwirtschaftliche Strategie für die Umstrukturierung und Modernisierung der ostdeutschen Wirtschaft, insbesondere ihrer industriellen Potentiale und Standorte. Das ideologische Leitbild, der Markt werde über die privaten westlichen Investoren den »Aufschwung Ost« auslösen, kaschierte den realen Ausverkauf und die Abwicklung der ostdeutschen Industrie für die Wettbewerbsvorteile und den Absatz westlicher Produzenten und zur besseren Auslastung ihrer bereits installierten Kapazitäten außerhalb Ostdeutschlands. Ideologisch borniert verwarfen Bundesregierung und Geschäftsführung der THA, allerdings auch mit Zustimmung von Regierungsvertretern der neuen Bundesländer im THA-Verwaltungsrat, alle Vorschläge, Privatisierung und Sanierung gleichwertig in Richtung einer struktur- bzw. industriepolitischen Konzeption für den Erhalt endogener, regionaler industrieller Potentiale zu betreiben.

– Ungenügende Sicherung des Einflusses und der Kontrolle regionaler und parlamentarischer Institutionen, vor allem auf Ebene der Länder und Kommunen, sowie von Belegschaftsvertretungen, als Mitbestimmungsorganen, bei den Entscheidungen über Privatisierung, Sanierung oder Stilllegung von Unternehmen. Auch hier ist kritisch anzumerken, daß selbst die formalen Möglichkeiten der Landesregierungen und Gewerkschaften, vielen unheilvollen Entscheidungen des THA-Managements Einhalt zu gebieten und wirklich eine entschlossene Sanierung zu betreiben, nicht ausgeschöpft wurden. Gerade dieser Umstand trug wesentlich dazu bei, daß die vielfach, auch von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, geforderte Installierung von Formen des Gemeineigentums, z.B. die Bildung von Bundes- und Länderholdings, für Zwecke einer längerfristigen Sanierung erhaltenswerter Produktionskapazitäten als eigenständige, wettbewerbsfähige Unternehmen ignoriert werden konnten.

– Das Festhalten an der Fehleinschätzung, das ostdeutsche Produktionspotential ließe sich über den Verkauf an westliche Investoren zu stark subventionierten Bedingungen, z.T. zu »negativen Preisen«, d. h. mit öffentlichen Zuschüssen für Investitionen und Löhne, mit der Übernahme von Altlasten u.a., erhalten und modernisieren. Dieser Fiktion wurden die Bemühungen des Managements vieler THA-Unternehmen geopfert, eigenständige wettbewerbsfähige Unternehmen zu schaffen, die ihrerseits Marktanteile hätten erobern und auch westliche Konkurrenten verdrängen können.

In jedem Falle hätten nach der überstürzten Wirtschafts- und Währungsunion für die ostdeutsche Industrie wirksame, zeitlich befristete Marktschutzmaßnahmen aller Art (Absatz- und Marketingunterstützung, Local-Content-Klauseln für öffentliche Aufträge, öffentlich subventionierte Privatinvestoren sowie Käufer von THA-Unternehmen, eine Mehrwertsteuerpräferenz auf ostdeutsche Wertschöpfung und – wo möglich – auch zeitlich befristete Schutzkartelle sowie Quotensysteme)

unmittelbar eingeführt werden müssen, um die drastischen Wettbewerbsnachteile zu verringern.

Im Ergebnis dieser Fehler wurden Kapazitäten unwiederbringlich stillgelegt und entstanden große volkswirtschaftliche Verluste, die das Sozialprodukt der Bundesrepublik jahrzehntelang belasten werden; im Ergebnis dieser ideologisch bornierten Politik der Bundesregierung verloren Hunderttausende ostdeutscher Erwerbstätiger ihren Beruf, ihre Beschäftigung, ihre eigenständige wirtschaftliche Existenz.

Daß es auch anders gegangen wäre, zeigt die auf viele Jahre und mit bedeutenden Subventionen angelegte Sanierung der Jenoptik GmbH. Hier entwickelt sich ein moderner, wettbewerbsfähiger Technologie- und Dienstleistungskonzern, der einer traditionellen Industrieregion Thüringens forschungs- und wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze erhält.

Gegenwärtig sind derart komplexe Sanierungsmöglichkeiten wie bei Jenoptik generell nicht mehr zu erwarten, da die Mehrzahl der noch im Besitz der THA befindlichen Unternehmen ihre zukunftssträchtigen Kapazitäten verloren hat, insbesondere ihre leistungsfähigen FuE-Abteilungen. Dennoch bietet der zum Jahresende 1993 ausgewiesene Bestand von rund 1.000 THA-Unternehmen mit rund 250.000 Beschäftigten, zumindest für einzelne ostdeutsche Regionen, noch bedeutende Möglichkeiten für die Erhaltung und längerfristig erfolgreiche Sanierung von Produktionskapazitäten; denn die Hälfte dieser THA-Unternehmen waren Industriebetriebe, davon, nach dem Ausweis von September 1993, 149 im Maschinenbau, 31 in der Elektrotechnik/Elektronik, 29 in der Chemie, 6 in der Feinmechanik/Optik, 32 im Fahrzeugbau, also in Zweigen, die – modernisiert – für überregionale, internationale Märkte produzieren. Zudem entfallen 45 vH der Beschäftigten aller noch verbliebenen THA-Unternehmen auf Großbetriebe mit mehr als 1.500 Mitarbeitern, nur 4 vH der Beschäftigten arbeiteten in Kleinbetrieben mit weniger als 50 Arbeitskräften.

Das verbliebene Potential an THA-Industrieunternehmen

muß bei der insgesamt notwendigen Bestandspflege Priorität genießen, weil hier noch Chancen bestehen, wenn auch nur sehr begrenzte, Kapazitäten zu eigenständigen, wettbewerbsfähigen ostdeutschen Industrie- und Innovationskernen von regionalem Gewicht zu entwickeln.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage in den neuen Bundesländern zeigt, daß die zur Zeit sich abzeichnenden Ansätze für eine Aufwärtsentwicklung

- auf wenige Bereiche der Volkswirtschaft begrenzt sind;
- nicht jene Branchen erfassen, deren Erzeugnisse und Leistungen sich auf internationale Märkte richten, also die ostdeutsche Wettbewerbsfähigkeit stärken und den Transferbedarf der ostdeutschen Wirtschaft vermindern;

- viele ostdeutsche Unternehmen, deren Produktion und Absatz nach sehr tiefem Absturz nun wieder ansteigen, nach wie vor am Tropf öffentlicher Aufträge (z.B. viele Bauunternehmen) oder öffentlicher Subventionen (Investitions- und vielfältige andere Zuschüsse) hängen.

Die Talsohle der umfassenden Transformationskrise ist mithin nicht durchschritten, die Einlaufkurve zum »Aufschwung Ost« keineswegs erreicht.

Im Gegenteil, die gesamtwirtschaftliche Situation kann erneut in einen weiteren Niedergang abkippen, wenn dem nicht durch entschlossene wirtschaftspolitische Maßnahmen entgegengesteuert wird.

Zugleich macht die gegenwärtige Lage der ostdeutschen Wirtschaft deutlich, daß ein nachhaltiger Impuls für ihre weitere Entwicklung nur im Rahmen einer gesamtdeutschen Entwicklungsstrategie möglich ist, nämlich in die generellen Umwälzungen, die sich z.Z. sowohl in Ost- und Westeuropa als auch in der Weltwirtschaft insgesamt vollziehen, ebenso eingebettet wie in die sich immer dringlicher gestaltenden nationalen und internationalen ökologischen und sozialen Herausforderungen.

4.2 Alternativen der weiteren Wirtschaftspolitik für Ostdeutschland

Die auf Ostdeutschland gerichtete Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bedarf einer einschneidenden Veränderung. Die Ergebnisse der bisherigen vier Jahre erfolgloser Wirtschaftspolitik zur Transformation Ostdeutschlands mit dem von der Bundesregierung erklärten Ziel, eine schnelle Angleichung der ostdeutschen Produktivität, Wirtschaftsstrukturen und nicht zuletzt des Einkommensniveaus an die westdeutschen Verhältnisse zu erreichen, sprechen eindeutig für eine derartige Schlußfolgerung.

Hinzu kommen jedoch noch weitere Erfordernisse, die auf eine grundlegende Veränderung der Wirtschaftspolitik gegenüber den neuen Bundesländern drängen:

– Immer dringender wird die Einbettung des ostdeutschen Wirtschaftsaufbaus in einen gesamtdeutschen *innovativen und ökologischen Umbau*, der sich in europäische und globale Initiativen und Abkommen einordnet. Gerade eine entschlossene Wende hin zu einer umweltgerechten, ressourcensparenden Wirtschaftsentwicklung könnte in Deutschland insgesamt, aber besonders in den neuen Bundesländern Arbeitsplätze und Einkommen schaffen. Dagegen programmiert die Fortsetzung rein wachstumsorientierter, undifferenzierter Investitionsförderung Überkapazitäten und eine weitere Zuspitzung der ökologischen Probleme.

– Zwar wird der Wiederaufbau einer wettbewerbsfähigen, sich selbst intensiv erweiternd reproduzierenden ostdeutschen Wirtschaft noch für mindestens zehn Jahre einer besonderen, sehr aufwendigen Förderung bedürfen, also hohe Transfers von West nach Ost erfordern. Dennoch kann die künftige Wirtschaftspolitik nur erfolgreich sein, wenn sie die ostdeutsche in eine *gesamtdeutsche* Entwicklung einbettet. Künftig wird also eine erfolgreiche Reindustrialisierung Ostdeutschlands nur im Rahmen einer gesamtdeutschen Struktur-, Industrie-, Außenwirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik möglich sein.

– Nicht zuletzt muß die Finanzierung der noch auf lange Zeit notwendigen West-Ost-Transfers für den Aufbau der neuen Bundesländer, eine Hypothek der Bundesregierung, auf eine solide, sozial gerechte Basis gestellt und gesichert werden. Auch dies ist im Grunde nur möglich, wenn die öffentliche Finanzpolitik Deutschlands in ihrer Einnahmen- und Ausgabengestaltung insgesamt überprüft und auf die dringendsten Erfordernisse einer ökologischen, sozialen und zukunftsorientierten Politik ausgerichtet wird.

Eingebettet in unsere Vorschläge für eine gesamtdeutsche alternative Wirtschaftspolitik schlägt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik vor, die Bundeswirtschaftspolitik für Ostdeutschland auf drei Ziele zu konzentrieren, die gemeinsam eine deutliche Minderung der Arbeitslosigkeit und Transferabhängigkeit sowie eine weitere spürbare Einkommensangleichung an westdeutsche Verhältnisse bewirken werden und den Abbau von Sozialleistungen ausschließen.

Erstes Ziel: Auflage eines »Zukunftsinvestitionsprogramms« für umfassende Investitionen in die Infrastruktur, vor allem ökologische Sanierung, Wohnungsbau, Wissenschaft und Forschung.

Für ein solches Programm sind jeweils zusätzlich *50 Mrd. DM p.a. für die nächsten drei Jahre* bereitzustellen. Über die Verwendung dieser Mittel sollten zwischen Bund und Ländern entsprechende Vereinbarungen getroffen werden.

Vorrang für die Bundesregierung sollten folgende Ziele haben:

Erhaltung und Ausbau von ostdeutschen Forschungspotentialen

Der ökologische und innovative Umbau der deutschen Wirtschaft ist nicht ohne Forschungs- und Entwicklungsleistungen möglich. Für Ostdeutschland ist vor allem die industrie- und wirtschaftsnahe Forschung massiv auszubauen, um den enor-

men Rückstand zum internationalen und westdeutschen Niveau zu vermindern. Während in Westdeutschland gegenwärtig das Verhältnis von Forschern in der Grundlagen- zu denen in der wirtschaftsnahen Forschung 1:5 beträgt, liegt es in den neuen Bundesländern bei 1:1.

Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für eine ökologische Gestaltung des Aufbaus Ost

Eine innovative Modernisierung erfordert neue gesetzliche Regelungen, von der Verteuerung bis zum Verbot bestimmter umweltschädlicher Technologien und Erzeugnisse, Regelungen, die zugleich Wachstumschancen für neue Produkte, Dienstleistungen und Beschäftigung eröffnen. Für besonders dringlich halten wir einschneidende Veränderungen auf den Gebieten der Energieversorgung, Abfall- und Verkehrsvermeidung sowie der Gestaltung des Systems der Abfallverwertung, also die Wiederherstellung einer wirklichen »Sero-Wirtschaft«. Auf bedeutende Veränderungen zielende gesetzliche Regelungen in diesen Bereichen würden sich günstig auf den wirtschaftlichen Aufbau Ostdeutschlands auswirken, um so intensiver, je konsequenter sie die Weichen in Richtung neuer Technologien, Kapazitäten und Erzeugnisse stellen. Grundlegende Erneuerungs- und Modernisierungsinvestitionen, die in Ostdeutschland noch für viele Jahre erheblich öffentlich gefördert werden müssen, sind dann natürlich strikt an die Ziele der ökologischen Umgestaltung zu binden.

Langfristige Investitionspläne für den zügigen Ausbau wichtiger Bereiche der ostdeutschen Infrastruktur als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern unter Einbeziehung der EG-Mittel

Die neue Bundesregierung sollte für diese entscheidende Aufgabe einen gleitenden Fünfjahrplan erarbeiten, der sich auf den Wohnungsbau, die Umgestaltung des Verkehrssystems, die Stadt- und Landschaftssanierung sowie nicht zuletzt das Gesundheits- und Sozialsystem konzentriert.

Zweites Ziel: Förderung einer wirkungsvollen Reindustrialisierung durch eine besondere Begünstigung von Produktion, Innovationen und Absatz der ostdeutschen Industrie, sowie durch die konsequente Erhaltung und Modernisierung der noch beachtlichen Produktionskapazitäten von THA-Unternehmen

Eine wesentliche Voraussetzung für diese Aufgabe ließe sich bereits über die Verwirklichung des von uns vorgeschlagenen Zukunftsinvestitionsprogramms schaffen. Wichtig ist aber auch eine Konzentration der verfügbaren Fördermittel auf klare regionale industriepolitische Ziele. Kleinen und mittleren Unternehmen sind über fünf bis sechs Jahre kalkulierbare Subventionen sowohl für notwendige FuE-Aufgaben als auch für Aufwendungen für die Markteinführung ihrer Produkte zu gewährleisten. Für besonders wichtig halten wir:

Bindung der jetzt bereits außerordentlich hohen Investitionszulagen und -zuschüsse an innovative und ökologische Wirkungen der begünstigten privaten Anlagen

Noch für viele Jahre wird eine wesentliche Subventionierung von industriellen Investitionen in Ostdeutschland notwendig sein. Damit aber hier eine moderne, auf den notwendigen ökologischen Umbau zielende Reindustrialisierung einsetzt, müssen die beachtlichen öffentlichen Mittel mit entsprechenden *Auflagen und Kontrollen* verbunden werden. Dies ist kein neuer Weg in der öffentlichen Wirtschaftsförderung. So gab es bereits in der früheren Bundesrepublik gezielte Investitionszuschüsse für FuE-Anlagen, für Wärmedämmung sowie für die Installierung bestimmter Technologien (z.B. flexible Fertigungssysteme). Günstig wäre ein Förderprogramm, das innovative Investitionen zugleich an zusätzliche Beschäftigung bindet.

Öffentliche Begünstigung von Osterzeugnissen

Als wesentliche Hürde der Reindustrialisierung erweist sich der blockierte Marktzugang für viele ostdeutsche Unterneh-

men. Ungenügende Aufträge und Umsätze sind entscheidende Ursachen für den immer noch erheblichen Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Industrie gegenüber der westdeutschen. Die MEMORANDUM-Gruppe hat von Anfang an dafür plädiert, der ostdeutschen Industrie Wettbewerbsgleichheit und -chancen durch den zeitlich befristeten Schutz ihrer Märkte und eine spürbare Absatzförderung einzuräumen. Die Bundesregierung hat solche für einen raschen »Aufschwung Ost« unverzichtbaren Schutzmaßnahmen abgeblockt bzw. halbherzig betrieben. Nach wie vor sind deshalb unsere Vorschläge aus den vergangenen Jahren aktuell: Bevorzugung von ostdeutschen Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen, Förderung des Absatzes ostdeutscher Produzenten und nicht zuletzt Schutz der lokalen Märkte für die endogenen ostdeutschen Potentiale.

Förderung kooperativer Außenwirtschaftsbeziehungen zu den östlichen Nachbarn

Der Aufbau Ost kann nur gelingen, wenn er zugleich intensive Wirtschaftsbeziehungen zu den neokapitalistischen Ländern Osteuropas befördert. Aus Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn werden bereits billige Zulieferungen bezogen. Gleichzeitig wird in diese Länder Kapital zur Installierung sehr kostengünstiger Produktionskapazitäten exportiert. Diese Wirtschaftsbeziehungen bieten Ansätze für einen systematischen Ausbau von Handels- und Kooperationsbeziehungen, die gleichermaßen stimulierend auf die Reindustrialisierung Ostdeutschlands wie auf den wirtschaftlichen Aufbau der östlichen Partnerländer wirken können. Notwendig ist hierfür die Schaffung einer wirtschaftspolitischen Infrastruktur von Förderinstitutionen, die in breitem Umfange die vorhandenen Möglichkeiten erschließen, also Kontakte knüpfen, bürokratische Hemmnisse ausräumen und nicht zuletzt Fördermittel für den Aufbau von zukunftsorientierten Kooperationsbeziehungen in Richtung einer europäischen Integration bereitstellen. Dann wird sich auch der Anteil deutscher Lieferungen, vor allem aus

Ostdeutschland, an dem rasch steigenden Importbedarf dieser Länder wieder erhöhen.

Endlich treuhänderische Politik

Mit dem geplanten Treuhandstrukturgesetz, das am 1. Mai 1994 in Kraft treten soll, versucht die Bundesregierung, die Nachfolgeaufgaben der THA durch ihre Privatisierung zu der Vertrags-, Reprivatisierungs- und Abwicklungsmanagement GmbH (VRA) weiter zu entpolitisieren, den Ländereinfluß auf die Entscheidungen über das Controlling der Privatisierungsverträge und deren eventuelle Nachbesserung gänzlich auszuschalten (auch im THA-Verwaltungsrat hatten sie keinen maßgeblichen Einfluß) sowie die Grundstücksverwertung und den Verkauf von Ländereien über die Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft (TGL) und die Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) nach weitgehend kommerziellen Gesichtspunkten zu betreiben, obwohl hierbei essentielle Fragen der Stadt- und Regionalplanung sowie der Landwirtschaftspolitik berührt sind. Die noch nicht privatisierten THA-Unternehmen, einschließlich der Management-KGen sollen auf den Bund bzw. eine von ihm kontrollierte Zwischenholding übertragen werden, ohne daß die Länder Einfluß nehmen könnten.

Unserer Meinung nach sind die operativen Aufgaben der THA aber keineswegs erledigt. Sie müssen vielmehr mit neuen Inhalten und Formen fortgeführt werden. Das Vertragscontrolling und die Führung der nicht privatisierten THA-Unternehmen sind eminent wichtige industrie-, struktur- und regionalpolitische Aufgaben. Sie sollten daher an Stelle der VRA und der Bundesholding durch eine zu gründende »Ostdeutsche Agentur für Entwicklung und Strukturpolitik« (OAES) wahrgenommen werden, die unter Beteiligung des Bundes und weitgehender Finanzierung durch ihn mehrheitlich von den neuen Ländern kontrolliert werden müßte. Auch in den beiden Bodenverwertungsgesellschaften müssen die ostdeutschen Länder die Mehrheit halten.

Die *OAES* sollte also

– als unternehmerische Holding für die Management-KGen fungieren, soweit diese nicht direkt von den Ländern in Länder-Holdings übernommen werden;

– die (noch) nicht privatisierten *THA*-Unternehmen mit dem eindeutigen Schwerpunkt der Sanierung und Sicherung von Industriekernen führen;

– das Vertragscontrolling über die Einhaltung der Investitions- und Beschäftigungszusagen als gestalterische struktur- und regionalpolitische Aufgabe betreiben.

Der Bund stellt der »Ostdeutschen Agentur für Entwicklung und Strukturpolitik« bis 1998 ein feststehendes Budget in Höhe von – wie geplant – 52 Mrd. DM *abzüglich des Finanzbedarfs für die sonstigen, auf die BVS (Bundesanstalt zur Verwaltung der vereinigungsbedingten Sondervermögen) übertragenen Aufgaben* zur Verfügung. Die Länder können über Eigenmittel, Mittel der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« sowie Mittel aus dem europäischen Regionalfonds die Sanierung und Nachsorge begleiten.

Drittes Ziel: Längerfristige Sicherung der notwendigen öffentlichen finanziellen Transfers

Die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen für den Aufbau Ost erfordern einen beträchtlichen Subventionsaufwand. Der aber gehört seit vier Jahren zur Praxis der offiziellen Wirtschaftspolitik. Jährlich fließen rd. 150 Mrd. DM an Nettotransfers der öffentlichen Haushalte in die neuen Länder. Dieser Transfer, als Preis für die Fehlleistungen der Anschlußpolitik, wird auch in den nächsten Jahren unvermeidlich sein. Es ist folglich an der Zeit, durch eine wirtschaftspolitische Kurskorrektur diesen Preis wenigstens nicht weiter hochzutreiben. Worauf es ankommt, ist, eine entschlossene Wende zur effektiven Verwendung dieser Mittel zu vollziehen.

Die Bundesregierung sollte die Verpflichtung übernehmen, in der nächsten Wahlperiode einen jährlichen Fonds von jeweils 150 Mrd. DM für die umfassende Förderung der ostdeutschen Wirtschaft bereitzustellen, der sowohl von den öffentlichen Haushalten in den neuen Ländern als auch von den zu begünstigenden ostdeutschen Unternehmen fest einkalkuliert werden kann. Diese Summe ist unabhängig von den jährlich erforderlichen 50 Mrd. DM für das von uns vorgeschlagene Zukunftsinvestitionsprogramm vorzusehen.